

Preussische Tagesblätter

Unparteiische Zeitung für (Kreisblatt) Stadt u. Kreis Merseburg

Bezugspreis mit den Wochenblättern „Morgen- und Abendblatt“ durch die Post M. 2.40 ohne Postgebühren, durch Boten M. 2.—, frei Haus monatlich. Erhältlich nach dem Einzelnummer 15 Pf. Geschäftsstellen: Salferstr. 4 (Hausbesitzer) u. Goethestr. 88. — An Stelle des Besizers (Streit usw.) behält sein Ansehen auf Verlegung ob. Rücksendung. Anzeigenpreis für den 8. Tag 20 Pf. im Voraus, für den 10. Tag 25 Pf., für den 15. Tag 30 Pf., für den 20. Tag 35 Pf., für den 25. Tag 40 Pf., für den 30. Tag 45 Pf., für den 31. Tag 50 Pf., für den 1. Tag 55 Pf., für den 2. Tag 60 Pf., für den 3. Tag 65 Pf., für den 4. Tag 70 Pf., für den 5. Tag 75 Pf., für den 6. Tag 80 Pf., für den 7. Tag 85 Pf., für den 8. Tag 90 Pf., für den 9. Tag 95 Pf., für den 10. Tag 100 Pf., für den 11. Tag 105 Pf., für den 12. Tag 110 Pf., für den 13. Tag 115 Pf., für den 14. Tag 120 Pf., für den 15. Tag 125 Pf., für den 16. Tag 130 Pf., für den 17. Tag 135 Pf., für den 18. Tag 140 Pf., für den 19. Tag 145 Pf., für den 20. Tag 150 Pf., für den 21. Tag 155 Pf., für den 22. Tag 160 Pf., für den 23. Tag 165 Pf., für den 24. Tag 170 Pf., für den 25. Tag 175 Pf., für den 26. Tag 180 Pf., für den 27. Tag 185 Pf., für den 28. Tag 190 Pf., für den 29. Tag 195 Pf., für den 30. Tag 200 Pf., für den 31. Tag 205 Pf.

Nr. 42 Donnerstag, den 19. Februar 1925 165. Jahrgang

Das Linksprogramm in Preußen.

Republikanisches Selbstbildnis im Landtag. — Genen die Finanzpolitik des Reiches.

Zu Beginn der gestrigen Sitzung im Landtag waren die Regierungssitze noch unbesetzt. Das Plenum und die Tribünen waren überfüllt. Präsident Bartels teilte dem Hause offiziell mit, daß Ministerpräsident Marx die Annahme der für ihn gestellten Wahl erklärt habe. Der Präsident gedachte sodann, während die Anwesenden sich von den Plätzen erhoben, des furchtbaren Dornröschen-Grubenunglücks und sprach den Hinterbliebenen, wie es bereits schriftlich geschehen ist, die herzlichste Teilnahme des Landtages aus. Die das Unglück betreffenden Anträge und Interpellationen werden auf die Tagesordnung am 3. März gesetzt.

Ministerpräsident Marx ging dann noch auf die wirtschaftliche Verfassung der Reichsregierung ein, diese müsse jederzeit ein zuverlässiges Instrument der Staatsregierung sein. Der Vortragspräsident schloß mit den Worten: „In Sie, als die Staatsregierung zur Erreichung dieses Zweckes den Weg freigeben und harte Hilfe zu leisten, das Ziel unserer gemeinsamen ersten Arbeit sei: Das Wohl unseres Volkes, die Stärke Preußens und des Deutschen Reiches!“

Ein unmögliches Kabinett.

Die Landtagsfraktionen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei im Verein mit den Nationalsozialisten haben beschlossen, heute im Landtage Ministerpräsidenten Marx, vor allem gegen den Innenminister Seevering, einzubringen. Auch die Wirtschaftspartei soll gemittelt sein, für diese Ministerkandidaturen zu stimmen. Sollte dieses Vorgehen der Opposition nicht zum Erfolge führen, so ist damit zu rechnen, daß die Oppositionsparteien verhandeln werden, durch die Einbringung eines tatsächlichen Minderheitsbündnisses eine Entscheidung herbeizuführen.

Die Oppositionsparteien vertreten die juristische Ansicht, daß für ein Ministerbündnis gegen einzelne Minister die einfache Mehrheit ausreicht, im Gegensatz zu der qualifizierten Mehrheit, die verfassungsmäßig für ein Ministerbündnis gegen den Ministerpräsidenten und das ganze Kabinett notwendig ist. Diese Auffassung wird jedoch innerhalb der Parteien der Weimarer Koalition bestritten und die Entscheidung kann nur durch Urteil des Staatsgerichtshofes erfolgen.

Die zweite Sitzung.

Präsident Bartels eröffnet die neue Sitzung um 4 Uhr. In der Besprechung ergab als erster Redner das Wort **Abg. Winkler (Zust.)**.

Er fährt aus: Der einmütigen Kundgebung für die Opfer des letzten Unglücks schließen wir uns an. (Leb. Zustimmung rechts.) Was die übrigen Ausführungen angeht, so gebe ich auf die Fülle von Anregungen nicht ein, sondern spreche nur über die grundsätzliche Einstellung meiner Fraktion. Das uneingeschränkte Lob des früheren Ministerpräsidenten Braun müssen wir ablehnen. (Sehr wahr, rechts.) Wir werden dem neuen Ministerpräsidenten ebenfalls keinen Bein einstecken. **Abg. Winkler** verliest darauf die folgende Erklärung seiner Fraktion:

Damit das Programm, wie es Herr Marx entwarf, wirklich durchgeführt werde, ist es eine dringende Notwendigkeit, daß die Regierung von einem Kabinett so schnell als möglich verabschiedet und das Raum geschaffen wird für eine Regierung, die den Willen und die Kraft besitzt, die wichtigsten dieser Erklärung in die Tat umzusetzen. Keine Drohung darf die nationale Opposition im Preußenhaus davon abhalten, den scharfen Kampf gegen das Verbleiben Seeverings durchzuführen. Das Verantwortungsprinzip, an das Herr Marx appellierte, zwingt dazu, alles zu tun, eine wirklich arbeitssfähige Regierung zu schaffen, eine Regierung, die sich zu diesem Programm bekennen und es durchführen. Die Regierung, die von Herrn Marx gebildet wurde, kann das nicht und wird es nicht einmütig zu diesen wichtigsten eingestimmt. Um die Durchführung der Regierungserklärung zu sichern, ist die erste und dringende Notwendigkeit, die so zusammengesetzte Regierung selbst so schnell wie möglich zu beseitigen.

Nach dem 7. Dezember hat man in weiten Kreisen des preussischen Volkes erwartet, daß baldmöglichst in Preußen eine Regierung aus Amdur kommen würde, die der in der Wahlbewegung und in dem Wahlergebnis vom Ausdruck gekommenen Abkehr von dem bisherigen Regierungsprogramm entsprechen würde. Statt dessen hat man es erleben müssen, daß die Regierungsbildung in nachdrücklicher Weise verzögert wurde (Kuchen in der Mitte) und jetzt nach mehr als zwei Monaten noch keine an eine gewisse Mehrheit gebundene Regierung da ist und alle gesetzgeberische Arbeit stockt. Das Staatsministerium, das heute von Herrn Marx vorgelegt worden ist, weicht nicht, ob es bei der Abtötung über das Vertrauen, dessen es nach der Verfassung bedarf, mit einer oder zwei Stimmen über oder unter der Mehrheit bleiben wird. Meine politischen Freunde, mit denen über die Anstellung des Herrn Marx zum Ministerpräsidenten nicht verhandelt worden ist, haben ihm ihre Stimme verweigert und sehen ihre Haltung gerechtfertigt durch die Art, wie er sein Ministerium gebildet hat. Sie haben ihm auf seine Anfrage geantwortet, daß sie grundsätzlich für eine Volksgemeinschaft eintreten, als eine Zusammenfassung aller auf christlich-nationalen und sozialen Boden stehenden Volksteile. (Kuchen b. d. S.) Das Ministerium, das er im Gegensatz zu dieser Auffassung von dem Wesen einer Volksgemeinschaft zusammengestellt hat, sehen sie als eine Herausforderung der hinter ihm stehenden, alle Volksklassen umfassenden Wähler an. Die sind zwar der Meinung, daß zunächst alle Möglichkeiten geschaffen werden müssen, um ohne Neuwahlen zu einer staatsbürgerlichen Regierung zu kommen, sehen aber, wenn eine solche nicht in kürzester Frist zustande kommt, auch nur den Ausweg eines Appells an die Wähler. Wir werden dieses Ministerium mit allen parlamentarischen Mitteln bekämpfen.

wird nicht für die Verwirklichung der großen Volksgemeinschaft eintreten. Die grundsätzliche und dauernde Zurücksetzung der Vertreter seitens der Wählerkreise von der Regierung bringt im parlamentarischen Staat mehr noch als im monarchischen, eine schwere Schädigung des Staatsgedankens mit sich und birgt große Gefahren, die um so mehr wachsen, je länger die Jurisdiktion ausbleibt. Wenn der Herr Ministerpräsident in seiner Erklärung zur tätigen Mitarbeit aller nationalgeprägten Deutschen aufgerufen hat, so bedauern wir, daß er durch die Zusammenfassung seines Kabinetts nationalgeprägte Parteien zurüdgehoben hat, abgesehen von der Mitarbeit bereit erklärt hatten. Das Volk will Reinkraft und Ehrlichkeit in seiner Linie bei denen, die Vertreter des Staates sind. Die Deutsche Volkspartei muß diesem Kabinett gegenüber in Opposition treten. Sie wird diese Opposition sachlich, aber scharf führen.

Abg. Waentig (Zos.) schließt sich den Worten der Teilnahme für die Opfer der Dornröschen-Grubenkatastrophe an. Wenn eine Regierung der Volksgemeinschaft nicht zustande gekommen ist (Kuchen rechts, Zuruf: Klassenkampf), so ist das nicht unter Schuld. Wir sind Sozialisten genug und (schallendes Gelächter rechts, Zuruf: Barman) haben keinen Zweifel gefaßt, daß eine Regierung der Volksgemeinschaft eine Arbeitsgemeinschaft, nicht eine Gefinnungsgemeinschaft darstellen muß. Sie aber läßt sich angelegentlich der Haltung der Weichen nicht durchführen. Eine Bemerkung der Regierungserklärung schreit darauf, daß wir auflassen, daß die Einführung von Sozialgesetzen beabsichtigt ist. Dem werden wir den stärksten Widerstand entgegenstellen.

Abg. v. Campe (Dr. Dy.) spricht ebenfalls den Opfern des Grubenunglücks seine herzlichste Teilnahme aus. Er gibt im Namen seiner Fraktion eine Erklärung ab, in der es heißt:

Die Fraktion der Deutschen Volkspartei vermag dem Staatsministerium ihr Vertrauen, weil es nach seiner Entscheidung und nach seiner Zusammenfassung weder den Grundgedanken des parlamentarischen Systems noch dem in den Wahlen zum Ausdruck gebrachten Willen des Volkes noch auch den staatlichen Notwendigkeiten entspricht. Das parlamentarische System fordert für eine staatsbürgerliche Regierung eine feste Mehrheit. Eine solche Mehrheit ist für das Kabinett nicht vorhanden. Die Mehrzahl der Minister ist aus zwei Parteien entnommen, deren Vertreter zusammen noch nicht ein Viertel des Landtages ausmachen. Die Deutsche Volkspartei

Die unüberlegten Repressalien.

Bukarest, 18. Febr. Auf Grund einer Verordnung des Finanzministers wurden alle Geschäftsbüros in Rumänien geschlossen. Die Regierung behauptet, es handle sich um die wegen des Konfliktes mit Deutschland verbreiteten Nachrichten über den Sturz des Lei im Ausland eine Katastrophe an den slowenischen Salzwasserseen herbeigeführt werden. Das Erscheinen der verbotenen Zeitungen in Rumänien werde unter der Bedingung gehalten, daß sie über den Konflikt zwischen Rumänien und Deutschland nicht berichten.

Jugoslawien folgt dem Beispiel Rumäniens.

Berlin, 19. Febr. Wie die „Zag. Rundschau“ von sehr gut unterrichteter diplomatischer Seite erfährt, werden von Jugoslawien ähnliche Repressalien gegen die deutschen Missionen der verbotenen Zeitungen in Rumänien wurde Einbruch nicht verdrängen, daß bei diesem Vorgehen sowohl in Jugoslawien wie auch in Rumänien Frankreich die Hand im Spiele hat, um auf die Weise Repressalien gegen Deutschland bei den Verhandlungen über den Handelsvertrag auszuüben.

Gilbert soll entscheiden.

London, 18. Febr. In Reparationsstreifen wird jede Stellungnahme durch diplomatische Reparationsstreifen vermieden. Die Verhandlungen mit politischen Persönlichkeiten genötigt man den Eindruck, daß der Reparationskommissioner eine geeignete Instanz betrachtet wird, ein Schiedsverfahren einzuführen.

Marx dankte zunächst für das ihm durch die Wahl erwiesene Vertrauen und stellte die Minister einzeln vor. Herr Marx bezeichnete es als seine erste Pflicht, aus seinerseits die herzlichste Teilnahme der Staatsregierung an dem erschütternden, gemenschlichen Unglück, das die treue Bergarbeiterfamilie des Ruhrgebietes getroffen habe, anzuknüpfen. Die neue Regierung werde der weiteren Beherzung der Unfallverhütung und Aufmerksamkeiten zuzuwenden. Herr Marx warf sodann einen Rückblick auf die Ereignisse der letzten Zeit und wies auf die schwere Entscheidung hin, daß trotz der klaren Bestimmung des Verlaufs der Verträge

Die Kölner Zone

zum 10. Januar nicht geklärt worden sei. Alles müsse daran gesetzt werden, um möglichst bald die Kölner Zone wie auch die noch an der Ruhr gelegenen Gebiete von fremder Besetzung zu befreien. (Beifall.)

Als Richtlinien für die kommende Politik führte Herr Marx einige Programmpunkte an. Zunächst müsse die Erhaltung der Bevölkerung sichergestellt und gefördert werden. Der Landwirtschaf müsse die Förderung zuteil werden, die als einem der wichtigsten Verfassungskriterien im Volkswirtschaftswesen. Dazu gehöre die Ertragssteigerung, die Verbesserung von Boden und Fortsetzung der Siedlungsarbeit. Die Reform der kommunalen und staatlichen Verwaltung sei eine der wichtigsten Aufgaben der Regierung. Die Städte- und Landgemeindeverwaltung müsse zur Verabschiedung kommen, die die Verantwortung für den Ausbau der kommunalen Selbstverwaltung seien noch nicht gegeben, deshalb hätte der Reformvorhaben nur halben Erfolg zeitigen können. Die Verhandlungen über den Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden würden auch den Gemeinden wieder eigene Einnahmen geben, so daß die Möglichkeit haben, über Einnahmen und Ausgaben zu bestimmen und diese gegeneinander abzugleichen. Damit würden auch die finanziellen Vorbedingungen geschaffen für die weitere Verwaltungsreform. Auch die Kreisordnung und die Provinzialordnung würden als Vorklagen in den Staatsrat kommen, und weiterhin würden die großen Probleme der staatlichen Reform einer einheitlichen Lösung zugeführt werden können. Die ersten Schritte erfüllte die Lage der preussischen Finanzen das Staatsministerium. Die Bemühungen des früheren Ministers, das Gleichgewicht im Staatshaushalt herzustellen, seien anzuerkennen. Aber die Ausgaben zeigten die Tendenz des stärksten Steigens als die Einnahmen. Die Pläne der Reichsregierung bedeuten eine enge Befähigung der Finanzen, obwohl des preussischen Staates als auch der preussischen Gemeinden.

Bei der kommenden Steuererhebung müsse der landwirtschaftliche und der gewerbliche Mittelstand nach Möglichkeit entlastet werden. Der Ministerpräsident sagte den Mitgliedern weitgehende Hilferufe zu. Es solle alles geschehen, was mit der Stabilität und der Befähigung unseres Finanzwesens tendenziell zu vereinbaren sei.

Auf futurpolitischen Gebiet

werde die Regierung die große Linie des vorigen Kabinetts innehalten. Dies gelte insbesondere für die Stellung des Staates gegenüber den Kirchen und den wesentlichen Fragen der Schul-, Hochschul- und Kunstpolitik. Die Reform des höheren Schulwesens und die Neugestaltung der Hochschulbildung solle im Sinne der in Angriff genommenen, vom Landtag genehmigten Maßnahmen durchgeführt werden.

Auf dem Gebiete der Volksgesundheit werde man sich bemühen, die schweren Schäden des Krieges und der Nachkriegszeit zu beseitigen und auszugleichen.

Das Ziel der staatlichen Wohnungspolitik müsse darin liegen, die noch bestehenden Wohnungen in der Wohnungsmarktsituation zu beseitigen. Dies werde am besten erreicht werden, wenn die Neubautätigkeit durch öffentliche Mittel auf das nachdrücklichste gefördert werde. Mit besonderem Ernste verfolge die Staatsregierung die Lage des Arbeitsmarktes und die Frage der Arbeitsbeschaffung. Die soziale Förderung der gewerblichen Arbeiterschaft werde auch dem Vornehen zu bestanden. Alle aufkommende Forderungen werden mit unserer staatsbürgerlichen Würde, Ehrlichkeit und Ordnung aufzutreten werden. Die Frage der Gewerkschaften wegen politischer Vergehen werde mit weitgehendem Wohlwollen geprüft. Der

Die parlamentarische System fordert für eine staatsbürgerliche Regierung eine feste Mehrheit. Eine solche Mehrheit ist für das Kabinett nicht vorhanden. Die Mehrzahl der Minister ist aus zwei Parteien entnommen, deren Vertreter zusammen noch nicht ein Viertel des Landtages ausmachen. Die Deutsche Volkspartei

Das Entente-Geheimnis enthüllt!

Der Kontrollbericht überreicht.

Paris, 19. Febr. Der Schlusbericht der Kontrollkommission ist gestern vormittag dem Generalstab des französischen Hauptquartiers überreicht worden. Abschriften wurden jedem Mitglied des Stabschefsstabes zugesandt. Ein weiteres Exemplar erhielt Marshall Foch. Der Bericht umfasst zusammen mit den 12 Anlagen 350 Seiten in Schreibmaschinenchrift. Er enthält nach übereinstimmender Darstellung der Notizenblätter folgende Beschlüsse:

1. Neubildung des Großen Generalstabes.
2. Fortgesetzte militärische Ausbildung der Jugendverbände.
3. Militarisierung der Polizei.
4. Anlegung von Waffendepots.
5. Nichtanfertigung des vorhandenen Waffenmaterials zur Zeit des Waffenstillstandes.

Man hat festgestellt, daß die Polizei eine militärische Streitmacht ersten Ranges darstellt. Die deutsche Jugend würde, so hätte trotz aller Verbündelung festgelegt werden können, zu Hunderttausenden in Wehrwehr und Scharwägen Verbänden durchgebildet. Die Militärentwürfe werden außer der Wehrpflicht noch zu neuen Mitteln zur Entmilitarisierung Deutschlands greifen müssen.

Echo de Paris' betont, man müsse sich mit Deutschland auf ein Abrüstungsprogramm einigen, das fortschreitend die Entmilitarisierung Deutschlands darstelle. Das Blatt kommt zu der offenbar offiziös inspirierten Schlussfolgerung: 'Wir werden eine Forderung der Abrüstung noch zu neuen Mitteln der Bedingung eingehen, daß die Rheinlande entmilitarisiert werden und wenn wir eine neue Zugabe erhalten, daß uns England für den Fall eines deutschen Angriffes militärisch unterstützt'.

Politische Rundschau

Nachm anstelle Lubendoffs.

Wie aus völkischen Kreisen verlautet, soll sich General Lubendoff nunmehr doch entschließen haben, sein Reichstagsmandat niederzulegen. An seiner Stelle soll Hauptmann Koch das Mandat übernehmen.

Dr. Wiedfeld beim Reichspräsidenten.

Der Reichspräsident empfing gestern den nach Deutschland zurückgekehrten bisherigen Vorkämpfer in Washington Dr. Wiedfeld.

Frank-Rain demokratische Fraktionsführer.

Die deutsch-demokratische Landtagsfraktion wählte in ihrer gestrigen Sitzung den Abgeordneten Frank-Rain zum dritten Fraktionsvorsitzenden. Da die beiden ersten Vorsitzenden Dr. Schreiber und Dr. Höpfer vorläufig in das Staatsamt eingetreten sind, wird Frank vorläufig die Fraktion führen.

Zu den deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen.

Die Berliner Instruktionen für die deutsche Wirtschaftsdelegation werden heute erwartet. Die Antwort auf die französische Note dürfte wahrscheinlich heute abend oder spätestens morgen früh den Franzosen übergeben werden.

Die Radikalfraktion für Herriot.

Der Kongreß der französischen Radikalfractionen hat Herriot sein Vertrauen ausgesprochen.

Frankreichs Sorge um fremde Seereskizzen.

Die Armeekommission in der französischen Kammer fordert vom Kriegsminister Angaben über die gegenwärtige Stärke der deutschen und russischen Armeen.

Gegen die Anerkennung Sowjetrusslands.

Die belgische Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten hat sich gegen die offizielle Anerkennung der Sowjetregierung ausgesprochen.

Beilegung englischer Ausnahmefälle gegen Deutsche.

Das britische Handelsministerium hat einen Gesetzentwurf zur Beilegung der letzten aus der Kriegszeit stammenden Bestimmungen gegen Deutschland vorgelegt.

Die Russen brauchen Geld.

Die italienische Handelsbank soll für 50 Millionen Lire einen Teil der russischen Kronwägen gekauft haben.

Entscheidung eines Sowjetkommunisten in Sofia.

In Sofia wurde der kommunistische Abgeordnete Strahimiroff ermordet. Es gelang nicht der Mörder habhaft zu werden.

Der ägyptische Gesandte in Berlin.

Die ägyptische Regierung hat ihren Gesandten in Washington Saifallah Azzam Pascha zum außerordentlichen Gesandten in Berlin ernannt.

Vorberhandlungen zur Abrüstungskonferenz.

Die Vereinigten Staaten haben bei den Hauptmächten den Gedanken einer neuen Abrüstungskonferenz angedeutet. Die Verhandlungen haben zwar den Punkt noch nicht erreicht, den die Diplomaten als Beginn der formellen Verhandlungen bezeichnen. Sie werden aber ununterbrochen fortgesetzt.

Amerikanische Konferenz-Teilnahme.

Die Vereinigten Staaten werden an der Völkervereinigung über die Kontrolle des Waffenhandels teilnehmen.

Aus dem Reichstage.

27. Sitzung, Mittwoch, den 18. Februar.

Am Regierungstisch: Reichsminister Dr. Krohne. Präsident Lohbe eröffnet die Sitzung 2.30 Uhr und teilt mit, daß für den Abend Hofe der Abg. Sute (Ztr.) für den Wahlkreis 12 (Zähringen) neu in den Reichstag eingetreten ist.

Es folgt die Beratung des Antrages Müller-Franken (Soz.) auf Entlassung des

Abg. Solmann (Soz.)

berichtet über die Ausschussverhandlungen. Der Ausschuss empfiehlt den Antrag zur Annahme.

Abg. Strauß (Wirtsch. Bg.) erklärt, seine Partei könne die Notwendigkeit eines Schantfahntengesetzes nicht anerkennen. Mit einem Gesetz gegen die Galanterie wird man nie die Frantucht bekämpfen.

Zunächst ist ein internationaler Antrag Straßmann-Graf Westphal eingegangen, der für den Fall der Ablehnung des Ausschussantrages schließt einen Gesetzentwurf zum Schutze der Jugend gegen die Gefahr des Alkoholismus und zur Verbesserung des Schantfahntengesetzes unter Ablehnung der Trodenlegung des Deutschen Reiches fordert.

Abg. Dr. Schuler (Dnaal.) erklärt, der Antrag diene nur dem Zweck, endlich Ordnung in das Galanterie-gewerbe zu bringen. Die Trodenlegung sei nicht das Ideal.

Abg. Biles (D. Bp.) erklärt, daß sein Freund die Bestimmungen des Alkoholgesetzes nicht unterstützen wollten. Der Schantfahntentwurf von 1923 sei allerdings kein geeignetes Mittel. Daher lehne die Deutsche Volkspartei den Antrag Müller aus moralischen und wirtschaftlichen Gründen ab. Der Kernpunkt dieses Entwurfs sei die Möglichkeit, in den Gemeinden eine Trodenlegung durchzuführen, die nötige Stimmzahl hierfür sei ja jederzeit mit Hilfe des Frauenstimmrechts einzuholen zu erreichen. Die Folge sei aber, daß die Bewohner einer Gemeinde, die abstinent sei, in eine nachbarliche, nicht abstinenten Gemeinde hinüberlaufen würden.

Von der wirtschaftlichen Vereinigung wird namentlich die Ablehnung beantragt.

Abg. Witz (Wirtsch. Bg.) führt u. a. aus, daß das Schantfahntengesetz eine Kommunalisierung des Schantfahntengewerbes darstelle.

Abg. Sparrer (Dem.) führt aus, daß die demokratische Fraktion in ihrer Mehrheit gegen ein Schantfahntengesetz sei. Ein kulturell hochentwickeltes Volk wie das deutsche könne dem Alkoholismus nicht erliegen. Gegen die Trodenlegung müsse man mit Entschlossenheit vorgehen.

Abg. Frau Weber (Ztr.) erklärt, ein Schantfahntengesetz würde eine nationale Tat sein.

Abg. Schirmer (W. Bp.) betont, daß in Bayern das Bier ein Nahrungsmittel sei. Bayern werde sich das Bier nicht nehmen lassen. (Große Heiterkeit.)

Der Antrag des Ausschusses, der für die Annahme des trodenlegenden Entwurfs tritt, wird darauf in der trodenlegenden Abstimmung mit 200 gegen 168 Stimmen bei 18 Stimmenthalten, abgelehnt. Es folgt die Abstimmung über den deutschnationalen Entwurfsantrag, die ebenfalls namentlich ist.

Der deutschnationale Antrag zum Schutze der Jugend gegen die Gefahren des Alkohols und zur Verbesserung des Schantfahntengesetzes unter Ablehnung der Trodenlegung Deutschlands, wird mit 409 gegen 33 Stimmen und 6 Stimmenthalten angenommen.

Darauf wird die Ausschussberatung beim Reichsberatersministerium weiter fortgesetzt.

Abg. Wieland (Dem.) fordert die Förderung des Baues von Kleinbahnen und behauptet die unerträgliche Höhe der Gütertarife. Ein technisches Ministerium sei für Deutschland eine Staatsnotwendigkeit.

Abg. D. u. C. (Wirtsch. Bg.) protestiert gegen die Beeinträchtigung der bayerischen Rechte durch die Reichsbahn.

Abg. Feder (Wirtsch.) behauptet, daß bei den Wasserregulierungen die Selbstrechte der Länder nicht beachtet worden sind.

Abg. Ged (Soz.) weist auf die Gefahr hin, die den Binnenschiffverkehr infolge der Schaffeltarife der Reichsbahn und der Seebahnverkehrssteuern drohen.

Abg. Dr. C. u. C. (W. Bp.) äußert Wünsche für Umbau der Bahnhöfe, Halle a. S. u. H., Erlass der HZ-Verfahren Verbesserungen durch Wagen aus Stahl, Reform des Tarifwesens, der Gebühren usw.

Nachdem noch die Abg. Meber-Hannover (Wirtsch. Bg.) Seibert (D. Bp.), Kirchmann (Soz.) und Schröder-Wiesenburg (Wirtsch.) gesprochen haben, weist der Reichspräsident die Verhandlung über die Reichsbahn auf die nächste Sitzung zurück.

Die Frage der Weltstatistiken werde nachgeprüft. Die Reichsbahn habe nicht die Pflicht, ein Spektakelmonopol zu schaffen. Wegen der Tarifwahlen würden Verhandlungen mit der Reichsbahn geführt werden.

Darauf werden alle wesentlichen Abstimmungen bis zur dritten Lesung zurückgestellt. Die Einzelberatung soll später stattfinden.

Das Haus vertagt sich sodan auf Donnerstag 11 Uhr. Anträge und Interpellationen wegen des Dormunder Grubenunfalls. Anträge auf Einstellung des Strafverfahrens gegen kommunistische Abgeordnete. Schluß gegen 11 1/2 Uhr.

Soziale Aufgaben.

Der Reichstagsausschuß für soziale Angelegenheiten beschäftigt sich gestern mit den Anträgen zur Angestelltenversicherung. Angenommen wurde ein Antrag, der für die höheren Klassen einen Aufwärtungszuschlag von ein bis vier Mark für jeden Monatsbeitrag vorsieht. In einer Entscheidung wird ein Gesetzentwurf verlag, nach dem die Grundrente auf 480 Mark, die Steigerungssätze auf 15 Proz. und die Ständergube auf 90 Mark erhöht werden sollen.

Die Triumpfsahrt des Fleitnerjoches.

Das Notorschiff „Budau“ traf Dienstag um 9 Uhr abends in Grangenau ein. Das Interesse an dem Schiff ist sehr groß. Tausende von Zuschauern hatten sich zur Ankunft des Schiffes in Grangenau eingefunden. Die Mütter veröffentlichten ausführliche Berichte über seine Fahrt. „Preisaffektation“ meidet, daß die „Budau“ der ihrer ganzen Fahrt von Berlin nach Grangenau durch die Fahrt des Wetter hatte, daß aber die an Bord befindlichen Personen erklärten, diese erste Erprobung der neuen Erfindung stelle einen Erfolg dar, wenn man die ungünstigen Umstände berücksichtige, mit denen das Schiff zu kämpfen gehabt habe. Am Montag sei die „Budau“ nur imlande gewesen, vier Knoten in der Stunde zu machen, trotzdem sie abwehrend die Motoren und den Dieselmotor benutzt habe. Ein Segelschiff wäre unter den obwaltenden Umständen nicht imlande gewesen, in den Firth of Forth einzuliegen. Das Schiff habe eine große Ladung von Kugeln an Bord. Nach dem Wägen der Ladung wird es in Grangenau und in Leith zur Beichtigung freigegeben werden. Auch wird es dem Publikum zu Fahren in Firth of Forth zur Verfügung stehen.

Dem Sonderberichterstatter der „Daily News“ zufolge erklärte ein Mitglied der Besatzung, die Motoren hätten ausgereicht gearbeitet und seien nahezu auf der ganzen Fahrt in Tätigkeit gewesen. Das Schiff habe gerollt, aber keineswegs so stark wie ein Segelschiff. Herr Fleitner habe erklärt, daß das Schiff natürlich besser gewesen wäre, wenn man stetigen Wind gehabt hätte. Die Probe sei hart gewesen, aber nach seiner Ansicht habe das Schiff sehr gut gehalten.

Wieder hat deutscher Erfindergeist einen Erfolg errungen, der der Welt aufhorchen läßt. Das unheimliche kleine Fleitnerjoch mit den rotierenden grauen Rädern ist bei denkbar ungünstigster Witterung nach vierstündiger Fahrt in England angekommen. Die gesamte englische Presse beschäftigt sich aus lebhaftester mit dieser Triumpfsahrt und knüpft an die Auswertung der Erfindung weitgehende Zukunftshoffnungen. Man kann verstehen, daß die herrschende Seemacht Europas diese neue deutsche Erfindung, wenn auch mit Recht, anerkennen muß. Der erfindung ist eine neue Ausbute für das Seewesen, deren letzte Perspektiven man noch nicht übersehen kann. Einmalen ist in Deutschland durch die Verflawungsbestimmungen des Friedensvertrages daran gehindert, sich auf der See wieder in voller Kraft zu entfalten. Über diese Fahrt des Notorschiffes wie auch der epodale Ring des Jochentreibers nach Amerika beweisen der Welt aufs neue, daß Deutschland auch durch die härtesten Bergemachtmaßnahmen nicht lahmgelegt ist.

Aus Stadt und Umgebung

Die Tagesordnung in der Stadtverordnetenversammlung am Montag, den 23. Februar 1925.

abends 6 Uhr im alten Rathaus in der Burgstraße steht nachfolgende Tagesordnung vor: 1. Wahl des Bezirksvorstehers für den 8. Armenbezirk. 2. Drucksache über die bauliche Erweiterung der Stadt Merseburg und den Anbau an neuen Straßen. 3. Drucksache gegen die Veranlassung des Straßenschildes. 4. Demontage der Hochleiter für die Beschaffung der Einrichtung für die Turnhalle der Manteuffelstraße. 5. Unterbringung eines Desinfektionsapparates im Gaswerks-Grundstück.

Aufstellung eines Desinfektionsapparates.

Durch den Ausbau des ehemaligen Garnisonlazarets in der Manteuffelstraße zu einer Schule, ist der früher dort benutzte Dampfdesinfektionsapparat fest geworden. Er soll nun auf dem Gaswerksgrundstück nach einem Magistratsbeschluss aufgestellt werden.

In der Begründung, die den Stadtverordneten die Anwendung empfiehlt, wird ausgeführt: Für die Einrichtung der Desinfektionsanlage ist das Gaswerksgrundstück deshalb besonders geeignet, weil der zur Desinfektion erforderliche Dampf von der Gasanlage mittels Röhren zugeführt werden kann. Die Schaffung einer einwandfreien, genügend großen Desinfektionsanlage ist auch mit Rücksicht auf etwa ausströmende Dämpfe, die in diesem Falle völlig unzureichend sein würde. Die Anlage ist zu geneigt, daß sie von außen unmittelbar zugänglich ist und daher der Gaswerksbetrieb nicht gestört wird.

Vom Domgymnasium. Heute beginnt die Kieffestung an unserem Domgymnasium. Den Vorhitz führt an Stelle des erkrankten Oberlehrers Vogel Studienleiter Dr. Billing. Sämtliche Oberprimaner, welche sich der schriftlichen Prüfung unterzogen haben, sind zur mündlichen Prüfung zugelassen. Wegen der großen Zahl (20) muß jedoch die Prüfung an zwei Tagen stattfinden. Von der mündlichen Prüfung wurden acht Abiturienten befreit: Gerhard Walpert, Gerhard Meißner, Joachim Harisch, Gerhard Fied, Hellmuth Lindner, Ulrich Schön, Fritz Kühnlein und Hellmuth Langkau.

Bilder vom Tage. Bei den spanischen Konflikten in Marocco sind in letzter Zeit vielfach die Namen von König Alfonso und General Primo de Rivera genannt worden. Unser Bilderausgang in der Gottardstraße zeigt beide in des Königs Arbeitszimmer. Ein weiteres Bild bringt den Prinzen von Asturias sowie andere spanische Prinzen und Prinzessinnen auf einer Jagd. - Tausende von Mäusen befallen, wie aus einer Aufnahme zu ersehen ist, die Käufe von Kaffern. - Von Interesse wird für unsere Stadtbildspieler ein spanisches Moment aus einem Berliner Damenodepott sein.

Zu den Steuer-Vorauszahlungen. Ueber die im Februar 1925 fälligen Vorauszahlungen aus Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Vermögenssteuer verläutet von zuländiger Stelle:

1. Gemeinbetreibende (Einkelpersonen, Erwerbseigenschaftigen), die ihre Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer und Körperschaftsteuer bisher monatlich zu entrichten hatten, hatten ihre Vorauszahlungen für den Monat Januar am 10. Februar 1925 zu entrichten.
2. Die Landwirtschaft hat ihre Vorauszahlungen für das erste Halbjahresjahr 1925 am 15. Februar 1925 zu zahlen.
3. Die erste Vorauszahlung auf die Vermögenssteuer für 1925 war in Höhe eines Viertels der Vermögenssteuer für 1924 am 15. Januar 1925 zu zahlen.
4. Mit Rücksicht darauf, daß in den dem Reichsrat vorgelegten Gesetzentwürfen zum Teil andere Zahlungsstermine vorgelegen gewesen sind, und daß manche Steuerpflichtige über die Zahlungsstermine nicht im Klaren gewesen sein mögen, hat der Reichsfinanzminister bestimmt, daß Vorauszahlungen nicht erhoben werden sollen, wenn die oben zu 1 und 3 genannten Zahlungen bis zum 28. Februar 1925 eingehen.
5. Ueber die Behandlung der Vorgebiete ergeht ein besonderer Erlass.
6. Die Termine der Vorauszahlungen bei der Umsatzsteuer bleiben unverändert.

Festsetzung des Wertes der Sachbezüge.

Gemäß § 160 der Reichsversteuergesetzordnung wird mit Wirkung vom 1. Januar 1925 an der Wert der freien Station (einst. Wohnung, Heizung und Beleuchtung) wie folgt festgelegt: a) für weibliche Hausangestellte, Verpflegung, Bekleidungs- und sonstige geringe bezahlte weibliche Arbeitskräfte (s. B. Wägen) monatlich 25 Mark; b) für männliche Hausangestellte (Knechte, mündliche und weibliche Gemeindearbeiter) monatlich auf 40 Mark.

Erhalten Beschäftigte freien Unterhalt, so müssen an Beiträgen zur Invalidenversicherung entrichtet werden: für die unter a) Genannten, wenn sie an Lohn mehr als 15 Mk. monatlich erhalten, Beitragsmarken 2. Lohnklasse zu 40 Pf. Erhalten sie mehr als 35 Mk. monatlich, müssen Marken 3. Lohnklasse zu 60 Pf. verwendet werden. Für die unter b) Genannten, wenn sie an Lohn höchstens mehr als 15 Mk. erhalten (monatlich mehr als 20 Mk.), Beitragsmarken 2. Lohnklasse zu 60 Pf. Betrag der Lohn mehr als 10 Mk. wöchentlich, sind Marken 4. Lohnklasse zu 80 Pf. erforderlich.

Das gegenwärtige Bildungsideal und die Freie Waldorfschule in Stuttgart.

Das Eindeutige einer Lösung der großen Fragen der Gegenwart führt immer eindeutiger auf die Erziehung zurück. In immer neuen Reformvorschlügen und Versuchen erhebt sich heute das Streben der Pädagogik, ohne das Bedeutsame gefunden worden ist. Sie vertritt sich entgegen der Philologie und ist immer in abstrakten, fernstehenden Idealen, über sie erhebt sich die Forderung der Miltionenjugendbedürfnisse und kommt zu fassen Einseitigkeiten. Immer wird die Kränkung auf den irdischen Entwicklungsgang. Gefunde, lebensstauende Kinder können nur erzoget werden auf der Grundlage klarer Erkenntnis vom Leben des werdenden und sich wandelnden Kindes; eine solche hat bis heute weder die Philologie noch die wissenschaftliche Lebenspraxis liefern können; das wird immer mehr erkannt und anerkannt.

Seit 5 Jahren besteht - aus kleinen Anfängen zu einer Schule von fünfzig Schülern und achtundzwanzig Schülern gewachsen - die Freie Waldorfschule in Stuttgart, schulrechtlich ein Typus für sich als vollausgebauter einseitiger Volks- und höhere Schule. Sie ist eigentlich gar keine Waldorfschule, sondern eine Waldorfschule, die sich doch in der nicht um eine Waldorfschule von Möglichkeiten, sondern um die Verwirklichung und den praktischen Beweis für zu

Mädchen, die man nicht heiratet.

Ein Bild aus unserer Zeit in 7 Akten.
Das Schicksal, Glück und Ende einer Gefallenen eines armen Mädchens, das das Glück suchte und auf den Weg kam, den so viele gehen.

Wer sind die Schuldigen?

Ein offenes Wort spricht der von
- Freitag bis Montag
zur Vorführung kommende Großfilm
in 7 Akten.

Hierzu ein erklaffiges Beiprogramm:
Lustspiel 2 Akte. Denlig-Woche.

Nin-Tin-Tin der Hund von Karibu.

Ein Drama aus den Schneebergen Alaskas in 6 Akten.
Der Held dieses Dramas ist ein Hund der nach aber weltlichen Schicksalen schließlich dorthin gelangte, wo ihn uns das Drama zeigt. Seine Wege aber sind in einem deutlich n Schügenarben im Westen, ganz vorn in einer Travese. Hier fand ein komischer Soldat den kleinen Hund, zusammen mit einer ebenmäßig kleinen Gündin, beide eng angehängelt an einen toten deut den Soldaten, ihres Herrn. Der Komödier nahm beide Tierchen mit und taufte den Hund Nin-Tin-Tin, was soviel wie Glucksquitt bedeutet. Die kleine Gündin hieß Ninetta, aber sie starb bei der Ueberfahrt nach Amerika während Nin-Tin-Tin sich prächtig entwickelte wie uns der Film zeigt. — Hierzu

David Cooperfield. 7 Akte nach dem Roman von Charles Dickens.
Wer diesen Roman gelesen wird auch am Film das gr. Interesse haben

Anfang 5,30 und 8 Uhr.

Samstags 3 Uhr Jugend- u. Familien-Vorstellung.

Freitag — Montag

Das nackte Weib.

6 Akte nach dem Roman von Henry Satalle mit Francesca Bertini — Franco Genaro.
Dies preisgekrönte Gemälde wird alle Besucher fesseln und unterhalten.

Die letzte Maske.

Sensations- und Gesellschaftsfilm in 6 Akten mit Margarete Lauer — Charlotte Schulz.

Charlie als Universalgenie.

Folle Grotteske in 3 Akten.

Anfang 5,30 u. 8 Uhr. Sonntags 4 Uhr.

Unser lieber Bruder und Schwager

Dr. phil.

Walter Holtzapfel

ist heute nach schwerem Leiden sanft
entschlafen.

Merseburg, den 18. Februar 1925.

Im Namen der Hinterbliebenen:
Käthe Fritzsche geb. Holtzapfel.
Geh. Regierungsrat Fritzsche

Radio Amato

das zeitgemässe Rundfunkgerät

Einröhren-Empfänger M. 50.—
Einröhren-Verstärker „ 38,50
Zweiröhren-Verstärker „ 60.—
Empfang europäischer Stationen mit Lautsprecher.

Landkraftwerke

Verkaufsstelle: Merseburg, Gotthardstr. 29.

Wiederverkäufer gesucht!
Einrichtung und Betrieb von Funkempfangseinrichtungen ohne behördliche Genehmigung ist verboten und strafbar.



Freiwillige Feuerwehr
Montag, den 23. Febr. 1925
abends 8 Uhr

Zugführer-
Beratung
im Hotel zur Gonne.
Das Kommando.

Räumungs- Verkauf

im
Ausstellungsraum der
städtischen Werke

Laden Markt 13
vom 13. bis 28. Febr. 25.
Beleuchtungshörper für
Gas und Gaslicht, für
Kochherde, Herde
u. a. m., sowie durch
Lagerung teilweise gelitten,
zu weit unterm Einkaufs-
wert.

Glaschalen, Ampeln,
Seidenlampen,
Kochherde, Brenner
20% Nachlass.

Gutes
Pferdechen und
Kubben in Wagen-
ladungen u.
fahren preiswert zu be-
ziehen. Zu erfragen in
der Geschäftsstelle d. WL

Honig

Gar. r. Blüten-Schlenderl.
10-Pfd.-Ein. goldb. 10,50
hell 12,50, 6-Pfd.-Ein.,
goldb. 6,50, hell 8.—
Nacht 50 Pf. mehr.
Garantie Zurücknahme.
H. Gärder, Imkerverein,
Gollau (Lüneburger Heide),
Bollschuck, Hannover 3384

Ihr Schicksal

im J. 1925 erha ten Sie
ausführt. geg. Gläubig.
h. Geburtsdat. u. 1. M. d.
Astrologin Frau
Hertha Kahlert, Berlin 780.
Alte Schönhauserstr. 9.

Tausch

Schöne große 3 Zimmer-
Wohnung gegen gleiche
(Wart.) z. tauschen gesucht.
Offerten unter 2. 2. 24
an die Expedition d. WL.

Holzversteigerung.

Mittwoch, den 25. Februar d. J.
vormittags 10 Uhr kommen im
Scopauer Holz meistbietend
zum Verkauf:

- ca. 114 Eichen v. 0,08 bis 1,32 fm
- ca. 63 Nüßlern v. 0,14 bis 3,20 fm
- ca. 17 Eichen v. 0,28 bis 3,66 fm
- ca. 9 Erlen v. 0,46 bis 1,63 fm
- 2 Birnen v. 0,16 bis 0,56 fm
- 1 Birke v. 0,92
- 1 Kiefer v. 0,43

Sammelplatz: Westeingang
des Holzes.

Donnerstag, d. 26. Febr. d. J.
vormittags 11 Uhr

- ca. 30 fm Eichenweite u. Knüppel
- ca. 30 rm Nüßlerweite u. Knüppel
- ca. 25 rm Eichenweite u. Knüppel
- ca. 55 Haufen Werraum
- ca. 24 Haufen Buch

Sammelplatz: Westeingang
des Holzes Bedingungen werden
im Termin bekannt gegeben.

Rittergut Scopau b. Merseburg
Herrnsprecher Merseburg 47.

Versteigerung.

Sonnabend, den 21. Februar, ab vormittags
10 Uhr, versteigere ich im Gasthause „Zur Zinkenburg“
hier, weggangshalber öffentlich meistbietend gegen Bar-
zahlung u. a.: 1 Neues (Hobelbänke) u. 1 Lager-
Sofa, Kleider-, 2 Küchenschränke, 2 Tische, 3
Stühle, 2 Bettstellen mit Stahlrohr u. Auflege-
mattchen, 2 ander. Bettstellen u. Matratze, klein.
Haushaltgegenstände; Nähmaschine, Herd, etc.,
2 einzelne neue Räder (beide gut erhalten), einige
Kleidungsstücke, eine fast neue Hobelbank, mehr
Paar Stiefel und versch. Andern.

Albert Franke, beed. Aukt., Merseburg, Zinkenstr. 11. 1.685

Strickjacken

- Geschäftsprinzip: Preiswert und gut!
- für die verschiedenen Verufe in vielen Farben.
 - Kräftige Qualität 6,00
 - Plättierte Wolle 8,50
 - Gute Qualität 9,90
 - 14,00
 - 16,00
 - 19,80
 - 2,95

— **Strickjacken-Größen** —
— viele Zwischengrößen —
— **Strickjacken für Knaben.** —

Für Damen, Herren und Kinder
Sportwesten

A. Henckel

Selegarbe 29. Spezialgesch. f. Woll- u. Wirtsh.

Jagdverpachtung.

Der Termin zur öffentlichen meistbietenden Ver-
pachtung der Jagd in dem gemeindefreihlichen Jagd-
bezirk der Gemeinde Kriessdorf ist auf

**Montag, den 23. Februar 1925 an
nachmittags 3 Uhr im Gasthause**
festgesetzt.

Bedingungen zur evtl. Einsicht beim Jagdvorsteher.
Kriessdorf, den 6. Februar 1925.

Berfette Stenotypistin

(keine Anfängerin)
von größerem Fabrikkontor in Merseburg für
1. April 1925 gesucht.

Bewerberinnen unter 35/25 an die Geschäftsstelle
dieses Blattes.

Kaufmannslehrlinge

aus achtbarer Familie mit guter Schulbildung von
höherer Großfirma per sofort oder 1. April 1925
gesucht. Angebote erbeten unter 351/25 an die
Expedition dieses Blattes.

Nebenverdienst!

Leipziger Wäsche- und Manufakturwaren-
geschäft, welches Waren auf Zeitzahlung ver-
kauft, sucht für Merseburg eine einfache,
eifrige, redewandte Frau, die in Arbeiter-
kreisen gut bekannt ist, zum Verkauf von Waren
und Einfassieren. Nur ausführliche Offerten
werden berücksichtigt.

Offerten unter **344/25** an die Ex-
pedition dieses Blattes.

Ueberzähliges, älteres Arbeits-Pferd

zu verkaufen.
Altecorbetta Nr. 7

Einen wachsamem
Gdänerhund
hat zu verkaufen
Schkopau Nr. 9.

Vertreter

für dort u. Umgebung v.
erf. h. V. d. J. u. Wein-
handl. ges. Angebote an
Hofflad 16 in Könners-Gaule

Junges Mädchen, 15
bis 17 Jahre als
Aufwartung

für den halben Tag ab
1. März sucht
Schmelzer, Neu-Rüssen
Goethestr. 3.

Fleißige Herren

gesucht bei Landwirtschaft
und Industrie auf ein-
geführte zum Verkauf von
Apparaten u. Treibriemen-
pflege. Beide Artikel haben
D. R. P. Näheres durch
mich selbst **Eric Klein**
Preisg. a. d. Eibe.

Berg-Chauffeur

27 J. für Zeit- u. Ver-
trag, durchaus zuverlässig,
nat. Ges., sucht Stellung
Offerten unt. **9. 6. 100**
an die Besch. d. Tageszt.

Leser, kauft bei unseren Inserenten!

Henko

Henkel'sches
Wasch- und
Bleich-Soda

spart Seife und Seifenpulver!
Mitverwendung von **Henko** bei der
Wäsche verbilligt das Waschen.
Vorzügliches Einweichmittel!

Das Deutschtum in der französischen Schweiz.

Von Carl G. Cornelius.

Dem fernsehenden Betrachter gewährt die Schweiz das Ideal eines friedlichen Zusammenlebens des deutschen, französischen, italienischen und rätoromanischen Volkes, und mancher betrachtet sie fast als ein Musterbeispiel für die Möglichkeit des einträchtigen kulturellen Mischens verschiedener Nationen. Wenn diese Harmonie zum Teil tatsächlich besteht, so sind ihre Träger in erster Linie die Deutschen, die das Bewußtsein ihres Volkstums fast stets der Hochhaltung des Staatsgedankens hintanziehen. Freilich haben sie, die über zwei Drittel der schweizerischen Gesamtbevölkerung bilden, keine großen und unmittelbaren Gefahren zu befürchten; aber dennoch darf das ganze Ringen unter der Oberfläche nicht außer Acht gelassen werden, das an der deutsch-französischen Sprachgrenze geführt wird und in dem der größere Nachdruck und die größere Energie auf Seiten der Romanen liegt.

Die Trennungslinie der Schweizer Bevölkerung, der Altschweizer und Burgunden, verläuft ganz beträchtlich weiter östlich als die heutige; so daß hier mit Recht von einem Fortschritt gesprochen werden kann. Zur Zeit der französischen Revolution aber setzte ein merklicher Umwälzung ein, und ein großer Teil des verlorenen Gebietes wurde von den Romanen zurückgewonnen. Gegenwärtig ist die Lage so, daß das Deutschtum in der Gesamtheit infolge natürlicher Bereicherung zwar zunimmt, in den gemischtsprachigen Kantonen jedoch auf dem Punkt des Stillstandes oder der Prozentualen Abnahme angelangt ist.

Son den in der letzten Volkszählung (1. Dez. 1920) festgestellten 3 880 000 Einwohnern des Bundesstaates sind 69 Prozent Deutsche und 21,1 Prozent Franzosen. Der Rest verteilt sich auf 8 Prozent Italiener, 1,1 Prozent Rätoromanen und 0,8 Prozent andere. Die östliche Verbreitung der Franzosen erstreckt sich auf die Kantone Waadt (81,6 Prozent Franzosen, 10,6 Prozent Deutsche), Neuchâtel (83,6 bzw. 13 Prozent), Genéve (77,3 bzw. 11,2 Prozent), Freiburg (67,6 bzw. 30,6 Prozent), Valais (62,6 bzw. 29,1 Prozent), und Bern (16,1 bzw. 81,6 Prozent). Das geschlossene französische Sprachgebiet weist, wie hieraus ersichtlich, überall eine Durchschiebung mit deutschen Minoritäten auf, die im ganzen etwa 13 Prozent beträgt. Das deutsche Gebiet dagegen ist fast völlig kompakt. Eine Ausnahme bildet die Stadt Biel, die einen hohen Prozentatz Franzosen befreit. Der Grund hierfür liegt in der Massenemigration weißer Arbeiter, die es verstanden haben, nicht nur ihr Volkstum restlos zu bewahren, sondern auch eine gewisse Romanisierung der sie umgebenden Deutschen zu erreichen.

Damit kommt man zu einer der Hauptursachen, die das Vorherrschen der französischen Sprache ermöglichen der Minderzahl der Deutschen. Die Franzosen gründen, wobei sie kommen, eigene Siedlungsstätten. So verlangen sie feinerer in Wärg (Oberwallis) eine Volksliste, als gerade 82 Angehörige ihrer Sprache dort anständig waren. In jenen Siedlungsstätten haben selbst in den gemischten Ortsteilen der Kantone Freiburg, Neuchâtel und Bern, in denen sie die Mehrheit besitzen, keine eigenen Schulen durchsetzen können. Die Folge davon ist, daß die Kinder der — in diesen Gegenden übrigens meistens Französinen heiratenden — Deutschen zweisprachig werden und schon deren Nachkommen meist ganz deutsch sind. Dabei machen sie mit der Sprache noch nicht einmal einen schlechten Tausch, denn sie erhalten mit dem Französischen ein überall verwendbares Verhandlungsmittel, während ihre heimatliche Mundart, die sie aufgeben, nur ein Geltungsbereich von geringem Umfang hat. Hier zeigt sich so recht, wohin der bewußte deutsche Sondergeist und falsch ausgelegte Nationalbewußtsein führen. Die Franzosen der kritischen Gebiete haben längst ihr „Bavotis“ aufgegeben und geben gutes Schriftfranzösisch, die Deutschen halten mit vermissenem Stolz an ihrem „Berndtsch“ fest, das den Zuhörern für die alle Entfremdungen immer schnell überbrückende Zukunft in sich trägt. Ein weiterer Grund für den teilweisen Rückgang unseres Volkstums liegt darin, daß die Deutschen, die in westliches Land emigrieren, meist Angehörige niedriger Bevölkerungsschichten sind und das geistliche Ubergewicht der Romanen anerkennen oder ihr Stammesbewußtsein ihren Arbeitgebern gegenüber nicht erfolgreich durchzusetzen in der Lage sind.

In Valais kommt als ein für die Franzosen günstiger Faktor die geographische Lage hinzu. Im Osten erstrecken sich hohe Berge, über die schwer gangbare Gebirgsstraßen einen nur mangelhaften Zusammenhang mit dem kompakten deutschen Sprachgebiet herstellen. Im Westen dagegen bietet der Lauf der Rhône die naturgegebene Voraussetzung für den wirtschaftlichen Anschluß des Kantons an Frankreich. Im gleichen Sinne wirkt die Simplonbahn, die Romanen mit Neuchâtel verbindet, und deren verwehender Einfluß bloß zum geringen Teil von der deutschen Mittelschicht führenden Vichybergbahn ausgeglichen

wird. Etwas günstiger liegen die Verhältnisse im Berner Jura und dem nördlichen Teil des Kantons Neuchâtel. Auch hier zeigt sich zwar in den Industriebezirken ein Rückgang des Deutschums, auf der Höhebene aber bleiben die fester ihre Eigenart bewahrenden Pächter und Landwirte unserer Volks erhalten. Wenn trotzdem die Statistiken in verschiedenen kleinen Gemeinden eine hohe Prozentuale Abnahme der Deutschen aufweisen, so rührt dies oft von dem Wegzug einer einzigen großen Familie oder einem absoluten Bevölkerungsrückgang des Ortes her. Schließlich bedeutet eine Verwässerung dieses Gebietes auch noch keinen direkten Verlust deutschen Landes, denn der größte Teil des Jura war stets französisch.

Das ist freilich ein geringer Trost, und ebenso kann man sich mit der Ansicht der Schweizer, daß ein romanisierter Bürger ihres Staates doch immer noch Schweizer bleibt, als Reichsbürger befremden. Weder wird diese Meinung jedoch von den Regierungskreisen in Bern geteilt, die fast nichts tun, um den berechtigten Ansprüchen unserer Stammesbrüder in den gemischtsprachigen Kantonen zum Siege zu verhelfen, und so ist es leicht verständlich, wenn bei der Nachgiebigkeit der deutschen Majorität gegen über den nationalen Forderungen der Franzosen ein harmonisches Zusammenleben der beiden Völker besteht.

Der Franco-Sturz

Herr Derriot hat energische Maßnahmen der Regierung gegen die neue Franco-Liste angekündigt, aber diese Ankündigung hat den Franzosen in keinem weiteren Sturz nicht im geringsten aufhalten können. Es muß sich ganz von selbst die politische Betätigung aufdrängen, daß die französische Wähler immer dann in ein neues Schwanken gerät, wenn die französische Politik sich neuen Experimenten zuwendet und imperialistische Tendenzen in den Vordergrund stellt. Die Weltanschauung in Frankreich weist zwar dasan an, daß die Unterjochung der Regierungspolitik durch die Sozialisten tiefes Mißtrauen im Lande gefestigt habe und daß dieses Mißtrauen es sei, durch das die Wähler erschüttert werde. Das ist unzweifelhaft bis zu einem gewissen Grade richtig, denn auch in Deutschland, wo wir die Dinge nicht an eigener Seite erleben haben, sind es in der Hauptsache die sozialistischen Experimente gewesen, die den Wählerverfall anleiteten und ihn immer wieder zu neuem Sturz über den toten Punkt hinwegtrieben. Trübe Derriot aber Friedens- und Verständigungspolitik, so wie er sie bei seinem Antritt angekündigt hat und so, wie sie das sozialistische Programm mit schönen Worten verlangt, dann würde wahrscheinlich die französische Wählerung laute kommen und einen Ausgleich schaffen, während in Deutschland die Erfüllungspolitik die Katastrophe nur beschleunigt und sie eigentlich vollendet, weil hier die von den deutschen Sozialisten betriebene „Verständigung“ nichts anderes als bedingungslosige Internierung war.

Überdies sind es Gründe, die in Frankreich selbst liegen, die den Franco-Sturz herbeiführen. Wenn auch die einmal eingetretene Beuehung das Ausland reizt, sich überzähliger Franco-Bestände zu entäuern. Es liegt fest, daß der erste Anstoß auf der Neuorber Börse auf Grund französischer Aufträge erfolgte, Aufträge, die vielleicht weniger auf politische Pflichten der französischen Schmelzindustrie, wie das die Franco-Führer behaupten, zurückzuführen sind, sondern einfach auf den Umstand, daß der Kapitalmarkt der durch die friedensstrebende Politik Frankreichs in Europa verhärtet wird, sich nunmehr auch in Frankreich fühlbar macht, wo man sich durch die Sabotage der deutsch-französischen Handelsverhandlungen zudem einer der wichtigsten Absatzgebiete beraubt.

Auch auf der deutschen Börse macht sich der Franco-Sturz fühlbar, wenn auch nicht in so katastrophaler Form, wie noch vor einem Jahre wo die deutsche Franco-Notation einen wohlverdienten Schlag erhielt, von dem sie sich nicht wieder erholt. Heute zeigt sich nur eine indirekte Wirkung, die von der nicht unberechtigten Furcht herrührt, daß die neue Franco-Börse Frankreich zu noch stärkerem Dumping geneigt würde.

Aus dem Reiche.

Aus der Reichshauptstadt.

Den Vater erschöpfen. Eine furchtbare Familientragödie spielte sich in Berlin-Weißensee ab. Hier wohnte mit seiner Familie der 49 Jahre alte Rollenarbeiter Hermann Schröder. Schröder war in der ganzen Gegend als Familienoberhaupt bekannt und misshandelte in der Erwachsenenzeit seine Familie. Seine Frau und infolge dieser Verhältnisse die älteste Tochter waren stark zurückgefallen. Montag war Schröder wieder so stark betrunken, daß ihn Arbeitsgenossen die Treppe hinaufbringen mußten. Als er wieder seine Frau angriff, sprang der 17 Jahre alte Sohn Walter seiner Mutter bei. Er richtete sich die Wut des Veruntenen gegen ihn. Als er seine Mutter angriff, wurde die Mutter durch den Schlag tödlich, entriß ihm die Mutter mit schwerer Wunde seiner Hände. Jetzt ging der Sohn in das Nebenzimmer und holte einen Revolver, um ihn zur Abschreckung seinem Vater vorzuhalten. Als dieser nun auf dem Boden lag, drückte er unmittelbar hintereinander alle sechs Schuß ab. Einige

trafen den Vater so schwer, daß er zusammenbrach. Zur Auguste-Viktoria-Krankenhaus starb er bald nach der Aufnahme. Der Sohn wurde dem Amtsgericht in Weißensee vorgeführt, wird voraussichtlich aber bald wieder entlassen werden, weil er in Notwehr gehandelt hat.

Schneefall in der Untergrundbahn. Große Aufregung verursachte ein Selbstmordversuch in einem frühen Morgen der Berliner Untergrundbahn auf der Strecke vom Hausvogtelplatz bis zum Spittelmarkt. Streifenbeamte des Sonderbezirks für Tagelöhner nahmen auf der Station ein fremder Mann, einen gewissen Walter Kretzschmar, wegen gewerkschaftlicher Tätigkeiten inhaftiert. Der Mann ohne Aufsehen nach dem Polizeipräsidium zu bringen, ließen sie ihn den nächsten Zug besteigen und sich auf eine Bank setzen. Keil sprang plötzlich auf und verjagte in dem Gedränge sich zu erschließen. Die beiden Kriminalbeamten trugen ihn in das Stationsgebäude Spittelmarkt und ließen ihn von einem Arzt untersuchen. Wie dieser feststellte, hat er sich zwei schwere Schüsse beigebracht.

Aus aller Welt.

Die Verpöschung Döberfließens. Bei der Beratung des Staats des Handelsministeriums wurde in der Budgetkommission des Sejm die Frage der Verpöschung der ostpreussischen Industrie berührt. Der Handelsminister erklärte bei dieser Gelegenheit, daß von 1924 an alle freierwerbenden Arbeiter mit Deutschen besetzten Stellen mit Polen besetzt werden sollen. Nach vor zwei Jahren befohlen sich in der ostpreussischen Industrie so gut wie gar keine Polen. Gegenwärtig hat die Zahl der in den höheren Stellen beschäftigten Polen die Ziffer von 52 erreicht, darunter 30 Generaldirektoren und Direktoren. Außerdem etwa 40 Polen in der Betriebsleitung und 112 in staatlichen ostpreussischen Unternehmen beschäftigt. Die Zahl der höheren und mittleren polnischen Verwaltungsbeamten beträgt nahezu 100.

Über des letzten Deutschenfalls. Die fürstlichen Vorläufer in Begang, wo mehr als 100 deutsche Bauern verhaftet und zwei Tage lang im Gefängnis von Genarmen unmenslich behandelt wurden, haben ein trauriges Nachspiel. Nach ihrer Freilassung infolge der Intervention des deutschen Abgeordneten ist einer der Bauern infolge der ausgetandenen Angst in Wahnfall verfallen, ein anderer, aus Furcht vor Wiederholung der Vorkommnisse, hat sich, als er nach Hause kam, erhängt.

Der erste Schnee in den Alpen. Aus den oberitalienischen Vororten wird der erste reichliche Schneefall dieses Winters und der Niedrigung vieler Laminen gemeldet. In den Bergräumen der Alpen liegt der Schnee. Der erste Schnee in den Alpen ist eingetroffen. Der erste Schnee in den Alpen ist eingetroffen. Der erste Schnee in den Alpen ist eingetroffen.

Schweres Lawinenunglück. Aus dem Veltlin wird ein schweres Lawinenunglück gemeldet. In der Gemeinde Ramolino ist eine Lawine niedergegangen. Eine Barade, in der eine Anzahl Arbeiter eines Baumunternehmens schliefen, wurde verdrängt und eingeebnet. Rettungsarbeiten wurden aus dem nahen Dorfe eingeleitet an die Bergabenden. Aus einigen Stunden angelegter Arbeit konnten die Bergabenden aus dem Schnee geschafft werden. Vier Arbeiter waren schon tot, sieben weitere wurden in verletztem Zustande geborgen. Man befürchtet, daß noch mehr Arbeiter unter dem Schnee begraben sind, das Rettungsunternehmen wird eifrig fortgesetzt. Die Bergabenden auf der Straße Alt-Bozzana nach Bontrefino unterbrochen. Der Verkehr wird erst in einigen Tagen wieder aufgenommen werden können. Auf der Bernina wird dem Spähen liegt der Schnee drei Meter hoch. Im Veltlin gehen fortwährend Laminen nieder.

Lawinensturz in der Schweiz. Durch den Sturz, der in den letzten Tagen in der Schweiz wütete, wurde in Centovalle (Kanton Tessin) ein Bahnhofsgebäude durch eine Lawine zerstört. Zwei Töchter des Bahnhofsleiters fanden den Tod, die Eltern und drei Kinder konnten sich retten. Im Veltlin fiel wurden vier Arbeiter durch eine Lawine getötet. Sieben konnten lebend aber verletzt geborgen werden. Auf dem Spähen-Baß wurde die Hälfte von zwei Laminen zerstört, wobei zwei Wegemacher ums Leben kamen. Auf dem Spähen-Baß liegen drei Meter Neuschnee. Im Engadin wurden durch den Schneefall der Merminapaz und andere Überbergänge gesperrt.

Sturm in Ober-Italien. Bei Cella an der ligurischen Küste hat eine Wasserhohe großen Schaden angerichtet. Ein Sturz aus wurde weit fortgetragen und auf eine Bahnhofsstraße geworfen. So daß der Verkehr durch einen Sturm begünstigt. Der auf einer Strecke von etwa 100 Metern alle Telegraphen- und Telefonleitungen niederriß. Auf den Feldern richtete der Orkan großen Schaden an. In Savona wurden zwei Bahnhofsgebäude stark beschädigt und mehrere Häuser abgedeckt, die teilweise einflürzten. Im Hafen von Genoa mußten die Arbeiter die Schiffe verließen zu fliehen. Die internationalen Megatta konnte infolge des Sturmes nicht abgehallen werden.

Im Fallsboot auf dem Delta des Paraná.

Das sind die sonnendurchglänzten Tage mit dem oft einzig Liebessperien des argentinischen Landes: dem tiefblauen Himmel und dem immer herrlichen Wetter. — West-End auf dem Paraná.

Für zwei Tage entflieht man der bedrückenden Stadt, der elektrische Zug bringt uns nach Tigre — etwa das argentinische Wannsee oder Posdam. Unser kleines Fallsboot liegt im Klüßchen, schnell wird das Linsenbein besorgt, Proviant, Zell, Kochgeschir in dem geringen Platz des Bootes verpackt, bald schwimmen wir auf einem der vielen kleinen Kanäle, den engen Wasserstraßen und Verzweigungen hinaus dem Strom, dem Rio de la Plata, zu. Eine letzte Schwimmschritte begünstigt die Fahrt, das kleine aber doch so nützliche Segel wird gehiebt, und die allmählich sich verändernden Wellen zeigen an, daß der offene Strom bald erreicht sein wird. Unglaublich tapfer ist das kleine Boot, es hebt sich trotzig und lustig über die Wellen und läßt ihre Unterengungen, es wankend zu machen. Weiter und weiter treiben wir hinaus, entlang an den sabbigen, sich leicht erhebenden Ufern mit ihren köstlichen, inmitten großer Parks gelegenen Villen. Hier ist der Fluß ganz flach, wird vom Ufer hinein kann man noch waten, nur eine tiefe Fahrstraße ist in der Mitte, die, von der Capitale kommend, es dem Ozean hinüber erlaubt, bis weit in das Innere des Landes, etwa tausend Kilometer flussaufwärts zu gelangen. Hier ist die Luft köstlich rein und klar, hier ist die Seele froh und der Körper frei. Langsam treibt ein altes Tor-

pedoboot an Nordbord vorbei, die frische Brise treibt uns weiter hinaus auf den Fluß, immer freier flüßt sich das Herz, so ganz losgelöst und fern von der bedrückenden, hanglosigen Stadt, bis sich den Wälden in einer dichten Dunstschicht schwach profiliert weitab die Stadt der „Guten Bäfte“ besser der „Guten Winde“ noch einmal gleich einer Fata Morgana zeigt. Dann wenden wir, treiben vom Ufer ab und der weite Blick ins Unendliche des unerlösten Wassers, das fast ein Meer sein könnte, nur sich durch seine rote Farbe verrät, läßt träumen vom „Bert der Ferne“. Flussabwärts über den Großen Ozean wandert der Blick nach dem alten Europa, heimliche Wünsche und Gedanken erwachen, wachen sich aus zu neuen abenteuerlichen Fahrten und bun-Idyllen dem Weltleben.

Da aber wird das andachtsvolle Schweigen plötzlich unterbrochen, mein Freund und Begleiter verheißt mir noch viel größere Schönheit, nach der man so dürstet in der heißen Stadt. Die Musteln strammen sich, trainiert vom Tennis und Reiten, und geschwind gleitet das Boot dem „Bajurito“, d. h. „Bogelosen“ zu, und allmählich schneit ein kleiner Badesee zu gerate. Ein stier- und durchdringender Regen von Wasserfällen kommt über uns herab, kleiner und größerer Querschnitt, über und über bewachsen mit dichtester Vegetation. Eine tiefe Stille, nur ab und zu unterbrochen durch den schellen Schrei eines Reiheres oder Buffards, läßt uns fast den Atem anhalten. Ein engen Kanal gleiten wir dahin, eilig und verlorf schneidet ein Wiber unsere Bahn von einem zum anderen Ufer, an denen zu beiden Seiten Weiden, Blumen, Ranken und Sträu-

cher zu verblühen scheinen, uns das Gesicht zu lieblosen und uns aufzuhalten. Weiden, Felängerlieber, seltsame Blumen und Orchideen betören, wollen wohl uns mit ihrem schweben, berauschenden Duft verführen, in ihrem grünen Bette zu ruhen. Gedanken wehen zurück — so ähnlich war das erste Erlebnis der Tropen mit ihrer Pracht, damals in Panama und dem widromantischen Ecuador. Immer wieder bieten sich den erlaunten, schönheitsstrunkenen Augen neue und viel herrlichere Bilder, immer neue Wunder. Ist nicht selbst in diesem Paradies auch ein Stück deutsches Waldes? — Ja, Platänen und Buchen dichtgemengt, hier mag das Herz träumen. — Etwas breiter wird der Arm, an einer Biegung erscheint am Ufer einer jener primitiven Mangos, die Hüfte eines einsamen Fischers, freundliche Stimmen rufen ein buenos tardes herüber. Allmählich füllt die Sonne mehr und mehr und schon färben sich die Wolken weißen Wolken mit zarten violetten Schattungen, als ob sie sich noch einmal vor der langen dunklen Nacht in besonders süßem Gewand zeigen wollten — und hier pflücken Blumen, süßsüß mit dem seltsamen Orchideen und dem klar duftenden Süßholz, das ganze Boot und ahnen kaum, wie betäubend uns der Duft werden kann. Dem Ziele mühen wir entgegen, der untergehenden Sonne nach immer schlängelnd durch die taufend Verbindungen der Wasserarme. In violetter Pracht zieht die Sonne auch das letzte Segment ihres großen Kreises nach sich und die seine Schmelze des anderen Gelirnis zeichnet sich in scharfen Konturen auf dem dunklen, nun tiefblauen Himmel ab.

